

## **Kommentare zum Abbruch der M+E-Tarifverhandlungen in Auszügen**

Rechnung und Quittung (Süddeutsche Zeitung / Detlef Esslinger)

Ein Konflikt eskaliert (Straubinger Tagblatt / Helmut Maier-Mannhart)

Wegen der 28-Stunden-Woche drohen 24-Stunden-Streiks (Süddeutsche Zeitung / Detlef Esslinger)

Lust am Untergang (FAZ / Dietrich Creutzburg)

Giftige Boomzeiten (Rheinische Post / Antje Höning)

Westfalen-Blatt zu den Warnstreiks der IG Metall (Westfalenblatt)

## **Kommentare in Auszügen**

### **Rechnung und Quittung**

(...) Aber indem ein Streik verboten würde, wäre ein Tarifkonflikt ja nicht gelöst. Zwischen Tarifverhandlungen und – zum Beispiel – Koalitionsverhandlungen gibt es einen grundsätzlichen Unterschied: Tarifverhandlungen müssen irgendwann zwingend in einen Vertrag führen. Lieber gar kein Vertrag als ein falscher Vertrag? Solch einen Spruch kann sich ein FDP-Vorsitzender zurechtlegen, aber kein Tarifunterhändler. (...) Allerdings ist es genau diese Art von Stärke, die bei der IG Metall zu den falschen Schlüssen führt. Mag ja sein, dass sie am Ende doch noch ein Konstrukt durchdrückt, bei dem man Geld dafür bekommt, dass man weniger arbeitet. Aber soll so etwas Widersinniges eine Werbung für Tarifverträge sein? Was hat sie von einem Sieg, der nur dazu führt, dass Firmen in Scharen den Arbeitgeberverband verlassen und ihr mit der Zeit die Tarifpartner ausgehen?

(Quelle: Süddeutsche Zeitung / Detlef Esslinger)

### **Ein Konflikt eskaliert**

(...) Auch wenn man einräumt, dass eine solche Wahlmöglichkeit für die Beschäftigten in manchen Fällen sehr willkommen wäre, dass es wünschenswert wäre, wenn mehr Zeit für die häusliche Betreuung zur Verfügung stünde, so ist es doch verständlich, wenn sich die Arbeitgeber mit Händen und Füßen gegen eine solche Maximalforderung wehren. (...) (Die Forderung nach einem Lohnausgleich) heißt im Klartext nichts anderes, als dass die Arbeitgeber für Arbeit bezahlen sollen, die gar nicht geleistet wird. Das ist aber eine Pervertierung des Leistungsgedankens, die nicht deshalb zu vernachlässigen ist, weil damit ja ein guter Zweck, nämlich die häusliche Pflege, subventioniert wird. Für diese Form von Sozialarbeit ist nun einmal nicht die Wirtschaft, sondern die staatliche Sozialpolitik zuständig, sofern sie diese für förderungswürdig hält. So wundert es denn nicht, dass die Fronten total verhärtet sind. Da man nun auch für diesen Konfliktfall annehmen darf, dass am Ende ein Kompromiss steht, wäre es für die Gewerkschaft an der Zeit, sich zu bewegen. Sie könnte ihrem Anliegen einen gewissen Schub verleihen, wenn sie im Gegenzug zu der Verkürzung der Arbeitszeit auch einer Verlängerung zustimmen würde. Derzeit dürfen nämlich nur 18 Prozent der Belegschaft eines Betriebes mehr als 35 Stunden arbeiten. Mehr Flexibilität, wie sie die IG Metall fordert, muss dann am Ende für beide Seiten gelten.

(Quelle: Straubinger Tagblatt / Helmut Maier-Mannhart)

### **Wegen der 28-Stunden-Woche drohen 24-Stunden-Streiks**

(...) Nur noch ein paar Arbeitstage draufsetzen. Nach dem Motto: Was sind die so kleinlich, was stellen die sich so an? Was allerdings diesen Tarifkonflikt betrifft, ist die Frage der Arbeitstage überhaupt keine Kleinigkeit – sondern das Kernproblem. (...) Das "konsistente, durchdeklinierte" Modell, das die IG Metall im Laufe der Verhandlungen entwickelte, bestand darin, die Beschäftigten selber entscheiden zu lassen, ob sie mehr Geld oder mehr Freizeit haben möchten – und statt eines Lohnausgleichs ein Ding namens "E-ZUG" einzuführen: "Ergänzendes Zusätzliches Urlaubs-Geld".

(Quelle: [Süddeutsche Zeitung](#))

### **Lust am Untergang**

Der lange Wirtschaftsaufschwung in Deutschland verbreitet offenbar inzwischen ein so starkes Sicherheitsgefühl, dass bei einschlägigen Akteuren die Lust am Spiel mit dem Feuer überhandnimmt. Oder ist es schon die Lust am Untergang? (...) Besonders bedenklich ist der tarifpolitische Grund, durch den sich die Gewerkschaft nun in die Eskalation treiben lässt: Es genügt ihr nicht, für vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer einen neuen Rechtsanspruch auf eine 28-Stunden-Woche durchzusetzen - wobei der Arbeitgeber immerhin zwei Jahre lang eine Rückkehr auf die Vollzeitstelle offenhalten muss. Vielmehr sollen Beschäftigte, die den geplanten Anspruch aus familiären Gründen geltend machen, dafür von ihrem Betrieb auch noch einen Lohnzuschuss gezahlt bekommen. Und weil sich die Arbeitgeber nicht verpflichten lassen wollen, dass sie künftig für weniger Arbeit

zusätzliches Geld bezahlen, soll ihnen nun ein Arbeitskampf diese Einsicht beibiegen. (...) Dieses Spiel mit dem Feuer hat auch politische Ursachen: Union und SPD wollen den Anspruch auf Teilzeitarbeit mit garantierter Rückkehr zu Vollzeit bald gesetzlich festschreiben. (...) Trotzdem ist der Weg der Eskalation auch für die Gewerkschaft gefährlich. Es wird sich zeigen müssen, ob ihre Mitglieder wirklich bereit sind, für einen fragwürdigen Zuschuss in den großen Dauerstreik zu ziehen – und so lange auf die reguläre Lohnerhöhung zu verzichten.

(Quelle: FAZ / Dietrich Creutzburg)

### **Giftige Boomzeiten**

(...) Die Gewerkschaft will die Unternehmen für Aufgaben wie Pflege und Kinderbetreuung zahlen lassen, die allenfalls eine gesellschaftliche ist. Doch weil die Orderbücher voll sind, ist die IG Metall mächtig wie nie. Schon 24-Stunden-Warnstreiks werden der Autoindustrie wehtun. (...)

(Quelle: Rheinische Post / Antje Höning)

### **Westfalen-Blatt zu den Warnstreiks der IG Metall**

Dass mal bei Tarifverhandlungen auf den Putz gehauen wird, ist normal. Danach wird das, was von der Wand bröckelt, aufgelesen und weiterverhandelt. Doch diesmal ist es anders. Diesmal schlägt Metall auf Metall. Da bewegt sich nichts. Da werden Warnstreiks, die offenbar schon zum Standardritual gehören, vom IG-Metall-Sprecher als „Kuschelkurs“ abgetan, mit dem jetzt Schluss sei. (...) Gewinnen kann dabei keiner – sieht man von dem Signalcharakter für die eigenen Mitglieder ab.

(Quelle: Westfalen-Blatt)